

Der Staat ist nicht irgendein Haushalt

Autor(en): **Nielsen, Claudia**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **82 (2004)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341831>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Der Staat ist nicht irgendein Haushalt

Die Leier, was fürs private Budget taugt, sei fürs staatliche alleweil in Ordnung, ist alt und verbreitet. Für die eingängige Gürtel-enger-schnallen-Analogie kommt es gelegen, dass der Staat auch öffentlicher

Claudia Nielsen

Haushalt heisst. Dass Maggie Thatchers einfache Gleichung so gut verfängt, hat damit zu tun, dass alle Erfahrung mit Haushaltsfinanzen haben. Wenn das private Konto zu tief sinkt, muss man handeln. Die Möglichkeiten, mehr zu verdienen, sind meist marginal, also heisst es Ausgaben senken. Verzicht auf teure Ferien, Verzicht auf Kaviar, Verzicht auf Gucci-Handtasche. Was für Private gilt, gilt auch für den Staat: Alles, was Luxus ist (oder danach aussieht), muss weg. Das basiert natürlich alles auf der Annahme, dieser Spielraum sei vorhanden.

Bloss: Die Analogie ist nicht nur fantasios, sie ist – weit folgenreicher – falsch. Die Thatcher'sche Analogie behandelt den Staatshaushalt als einen unter vielen. Auf dieser Argumentation fussen vordergründig Steuersenkungen und Schulden- und Ausgabenbremsen.

Die Ökonomie betrachtet die Wirtschaft als Kreislauf-System mit Sektoren, die in regem Austausch stehen: Unternehmen, private Haushalte, Staat und Ausland. Verändert sich ein Sektor, hat dies Auswirkungen aufs ganze System. Verändert sich bei einem einzelnen privaten Haushalt et-

was, wird sich dadurch kaum der ganze Sektor, geschweige denn das ganze System verändern. Verändert sich dagegen ein ganzer Sektor wie der Staat – der knapp zwei Fünftel des schweizerischen Wirtschaftslebens bestreitet –, hat das rasch gravierende Auswirkungen auf das gesamte System. Wenn ausser dem Staat auch die meisten privaten Haushalte mehr als sonst sparen, gerät das System aus dem Lot.

Was für den einen gilt...

Pikant an der «Wir sind alle ein Haushalt und wissen, wies geht»-Argumentation ist, dass es für private Haushalte durchaus als ziemlich gilt, ihre Notwendigkeiten oder Gelüste mit Konsumkrediten, Schulden (Wohneigentum) oder Leasing zu berappen. Genau das wollen SVP, FDP und teilweise CVP dem Staat aber verwehren. In ihrem Weltbild darf der öffentliche Haushalt sich nicht verschulden, um seine Investitionen zu berappen.

Im Gegensatz zum privaten Haushalt hat der Staat die Möglichkeit, seine Einnahmen zu beeinflussen. Das hat er in den letzten zwanzig Jahren ausgiebig über Steuergesetzänderungen, Steuerabschaffungsrunden und Steuerfussenkungen getan – immer in Richtung Einnahmen senken. (Das tun doch die wenigsten privaten Haushalte, oder?)

Als Tüpfchen auf dem i kehren viele Staatsabbau-AnhängerInnen das Sprichwort

«Spare in der Zeit...» um zu «Spare in der Not...». Sie verlangen, dass der Staat nicht dann spart, wenn er kann, also in guten Zeiten, sondern dann, wenn er ihrer Meinung nach muss. Das ist gerade dann, wenn die privaten Haushalte ihn brauchen. Mit dem verkehrten Sprichwort nehmen sie in Kauf, dass sie die «Not» verlängern und vertiefen. Als allzeit dienliche Begründung ziehen sie die, scheint's, zu hohe Staatsquote bei. Kein Mensch aber weiss, ab welcher Höhe die Staatsquote¹ zu hoch ist.

Die richtige Staatsquote gibt es nicht

Die ökonomische Theorie überlässt die Beurteilung dem politischen Prozess – hier können die AbbauerInnen ehrlicherweise keine Hilfe erwarten – und auch die Forschung liefert alles andere als eindeutige Resultate. Die Beliebtheit der Staatsquote im politischen Schlagabtausch mag damit zusammenhängen, dass sie sich anbietet für die «Daheim müssen wir auch sparen»-Analogie.

Die Schweizer Staatsquote hat Anfang der 90er-Jahre zugenommen, denn die Rezession hat die Sozialhilfeleistungen bei gleich bleibendem «Kuchen» (BIP) in die Höhe getrieben. Seit 1995 ist sie mit Werten von 38% oder 39% konstant. Um die 6 Prozentpunkte rühren von den obligatorischen Sozialversicherungen. Würden die Einwohnerinnen und Einwohner diese Versicherungsleistungen privat besorgen, läge die Staatsquote unter einem Drittel.

Im Industrieländervergleich liegt die Schweiz mit unter 40% eher tief. Deutschland etwa ist bei 46% und Schweden bei 52%. Die meisten angelsächsischen Länder haben ihre Staatsquote durch Privatisierungen und Ausgabenkürzungen be-

trächtlich gesenkt; Grossbritannien brachte es auf wenig tiefere Werte als die Schweiz.

Die Unterschiede in der Staatsquote beruhen weitgehend auf unterschiedlichen Leistungen der Staaten. Angelsächsische Länder lassen, zum Beispiel, viel mehr familienergänzende Betreuung oder (Hochschul-)Bildung privat anbieten und bezahlen; in skandinavischen Ländern tut und finanziert dies eher der Staat. Die skandinavische Staatsquote ist dementsprechend höher.

Die Diskussion um die Staatsquote ist ein wenig Spiegelfechtereie. Viele Linke haben sich unnötig in die Defensive drängen lassen. Die ökonomische Forschung weist weder negative noch positive Auswirkungen der Staatsquote auf die Wettbewerbsfähigkeit, die Beschäftigung oder das Wachstum nach. Der Quervergleich zeigt bezüglich Wohlstand oder Wirtschaftswachstum keine systematische Auswirkung von Höhe oder Veränderung der Staatsquote. Von weit grösserer Bedeutung ist, welche Leistungen der Staat erbringt und zu welchem Preis er dies tut. Das ist die wirkliche Frage.

Den einen solls recht sein, den anderen teuer

Die politische Diskussion der letzten Jahre beschränkte sich mehrheitlich darauf, welche Leistungen der Staat nicht oder nicht mehr erbringen sollte. Es ging und geht ums Sparen, ums Reduzieren von Ausgaben. Die Wirkung davon ist nicht für alle gleich. Wer wenig hat, hat in den letzten zehn Jahren weniger bekommen. Vergünstigungen für tiefe Einkommen wurden gestrichen, Arbeitslosenleistungen gekürzt, staatliche Unterstützung reduziert und Abstriche an öffentlichen Angeboten gemacht. Je mehr gespart wird, desto mehr sinkt das Einkommen dieser Gruppe und desto weniger Angebote kann sie in Anspruch nehmen. Wer genug hat – man erspare mir bitte die

Kein Mensch weiss, ab welcher Höhe die Staatsquote zu hoch ist.

¹ Die Staatsquote ist der Anteil der Ausgaben der öffentlichen Hand an der gesamten Wertschöpfung (BIP).

**Wer ums
tägliche Überleben
kämpft, kann
nicht sparen.**

Definition von Mittelstand –, wird mehr ausgegeben, um den Ausfall staatlicher Leistung oder Qualitätseinbussen wettzumachen. Dies beginnt sich bei der Bildung, der Kultur, der Gesundheit oder der gebührenpflichtigen Nutzung staatlicher Angebote zu zeigen. Diese Gruppe wird, sofern sie das Einkommen nicht entsprechend steigern kann, also weniger sparen können.

Wer viel hat, kauft sich vieles ohnehin schon privat ein (z.B. familienergänzende Kinderbetreuung), nutzt staatliche Leistungen in geringerem Ausmass und ist von Kürzungen nicht besonders betroffen. Diese Gruppe wird deutlich mehr sparen können, denn geringfügig höheren Auslagen stehen substanzuell tiefere Steuerausgaben gegenüber.

Die Betrachtung, wen staatliches Sparen besonders trifft, ist auch aus der Geschlechterperspektive bedeutsam. Unter jenen, denen staatliches Sparen viele Steuern erspart, sind Frauen deutlich in der Minderheit. Unter jenen, die unter dem Abbau staatlicher Leistungen besonders leiden, sind Frauen dagegen in der Überzahl. Zudem wurden und werden Leistungen, die Frauen besonders zugute kommen, überdurchschnittlich gekürzt. Licht in dieses Dunkel werden die genderdifferenzierten Budgets liefern, z. B. in Basel-Stadt.

Überdies gibt es Kreise, denen es nur recht sein kann, wenn der Staat weniger Geld ausgibt. Für die Durchsetzung von Gesetzen (Umwelt, Steuerbetrug, Schwarzarbeit, Korruption etc.) brauchen die staatlichen Organe genügend Ressourcen. Dass sie diese Ressourcen haben und einsetzen können, daran haben jene kein Interesse, die gegen Gesetze verstossen.

Selbst in der neoliberalsten Sichtweise ist der Staat Wächter über den marktwirtschaftlichen Wettbewerb. Ohne diese Bewachung tendiert er zur Selbsterstörung, weil jeder versucht, sich Vorteile zu ver-

schaffen durch Ausschaltung anderer. So hat sich etwa das Bierkartell eine Zeit lang schöne Gewinne gesichert. Das Resultat war der anschliessende Untergang des Schweizer Biermarkts.

Zu wenig Schutz des Wettbewerbs – nicht vor dem Wettbewerb, wie es in der Schweiz immer noch gängig ist – schadet der Wirtschaft. Die Schweizer Preise liegen 40% über EU-Niveau. Ein grosser Teil dieser Differenz ist auf mangelnden Wettbewerb zurückzuführen. Könnte der Wettbewerb auf EU-Niveau angehoben werden, würden die Ausgaben der Schweizer Haushalte um 8% sinken. Davon würde auch der Staatshaushalt profitieren.

Huhn oder Ei?

Eines haben Staat und private Haushalte gemeinsam: Sparen ist nicht lustig. Es heisst, auf Liebgewordenes zu verzichten, Wünsche nicht verwirklichen zu können, sich zu bescheiden.

Der private Haushalt kann nur sparen, wenn er genug hat, um etwas zurückzubehalten. Wer ums tägliche Überleben kämpft, kann nicht sparen und wird auch keinen Kredit erhalten. Denn die Kreditgeberin will davon ausgehen können, dass vom täglichen Bedarf genug übrig bleibt, um den Kredit zurückzuzahlen.

Wer es sich leisten konnte, legte traditionellerweise immer ein wenig zurück: für den Brautpreis, für die Ausbildung der Kinder, für den Hauskauf. Das hat sich im Laufe der Zeit gewandelt. Die «Der Staat ist auch nur ein Haushalt»-Analogie meint jedoch noch immer, der Staat müsse zuerst etwas auf die Seite legen, bevor er investieren könne, frei nach dem Motto «Zuerst die Arbeit, dann das Vergnügen».

Die Analogie vernachlässigt, dass die industrielle Revolution stattgefunden hat,

dass es ein modernes Bankensystem gibt und einen Finanzmarkt dazu. Dieser koordiniert und gewährleistet das Zusammenlegen von Mitteln und ermöglicht grosse Investitionen. Investitionen wiederum ermöglichen das Erwirtschaften zukünftiger Überschüsse und damit zukünftiges Sparen. Davon gehen Bildungskredite aus.

Ob zuerst das Huhn oder das Ei, ob zuerst das Sparen oder das Investieren kommt, ist – bei hiesigen Verhältnissen - so unklar wie uninteressant. Die Schweiz ist unumstritten kreditwürdig. Ihre Verschuldungsquote² ist zwar ab Mitte der 90er-Jahre deutlich gestiegen, stagniert aber in den letzten Jahren bei wenig mehr als 50%. Die Schulden betragen weniger als die Hälfte der jährlichen Wertschöpfung. Damit liegt die Schweiz weit hinter Ländern wie Italien (110%) oder Deutschland und den USA (60%). Die Schweizer Verschuldungsquote mit einem Kraftakt senken zu wollen, hätte einen hohen Preis, bringen würde es vergleichsweise wenig.

Teures Sparen

Die AnhängerInnen der «Der Staat ist auch ein Haushalt»-Analogie ziehen als Kriterium für die Statthaftigkeit einer staatlichen Ausgabe mit Vorliebe die Einteilung in notwendig und wünschbar heran. Dabei gaukeln sie eine nicht existierende Trennschärfe vor, deren Linienführung allein sie kennen. Warum gewisse Strassenbauten nicht nur wünschbar, sondern sogar notwendig und also finanzierungswürdig sein sollen, während es für gewisse Bildungsausgaben genau umgekehrt sein soll, ist ihr Geheimnis. Der Preis für eine falsche Einteilung ist oft erst später erkennbar und die Kosten für die Fehlerbehebung betragen oft ein Vielfaches der vermeintlich nur wünschbaren Ausgabe. Nun ist es tatsächlich nicht einleuchtend, wieso der

² Die Verschuldungsquote setzt Schulden der öffentlichen Hand ins Verhältnis zur jährlichen Wertschöpfung (BIP).

Staat überflüssige Dinge finanzieren soll. Ebenso leuchtet es jedoch nicht ein, warum er etwas Wünschbares nicht finanzieren soll, wenn es eine gute Investition ist. Hier liegt wohl die Krux. Auf ein Vergnügen kann man ja mal verzichten. Hingegen geht es an die Substanz, eine Ausgabe nicht zu tätigen, die fürs spätere Wohlergehen notwendig ist oder sich später auszahlt.

Der Staat soll Leistungen erbringen und Ausgaben tätigen, die zur Erhaltung der menschlichen Würde (Unterstützungsleistungen) notwendig sind und solche, die sich als Investitionen später auszahlen: Erhöhung der Chancengleichheit – die weltweite Abschaffung von Kinderarbeit etwa würde sich siebenfach auszahlen – und des friedlichen Zusammenlebens sowie Investitionen in die Zukunft (Bildung, Infrastruktur, Umweltschutz u. Ä.). In diesen Bereichen ernsthaft zurückzustecken geht an die Substanz unserer Gesellschaft oder auf Kosten der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen. Ganz ökonomisch gesprochen gefährden wir damit unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit.

Gegen effizientes und günstiges Herstellen staatlicher Leistung ist nichts einzuwenden und gegen die politische Frage, welche Leistungen wir uns leisten wollen, auch nicht. Gegen das Ausklammern der Frage, welche Form von Sparen uns und die Generationen nach uns wie viel kostet, ist dagegen sehr wohl etwas einzuwenden. Die Diskussion um «daheim müssen wir auch sparen, wenn wir wenig Geld haben», und die Staatsquote ist ein Ablenkungsmanöver: «Ach, wie gut, dass niemand weiss, dass ich Umverteilung heiss.»

Claudia Nielsen, Dr. oec. publ., VR-Präsidentin Alternative Bank ABS und Zürcher SP-Gemeinderätin, als Selbstständige befasst mit wirtschaftspolitischen Fragen, Öffentlichkeitsarbeit und Konfliktbearbeitung.

**Die Diskussion
um Sparen
und Staatsquote
ist ein Ablenkungs-
manöver.**



